
I N L A N D

| | |
|---|----|
| Österreichs Kirche rechnet heuer mit 25 Neupriestern | 2 |
| Erhebung zum "Weltgebetstag für geistliche Berufungen": Zahl der Neupriester ähnlich wie in den Vorjahren - 16 der heuer geweihten Priesterkandidaten stammen aus Österreich, neun aus dem Ausland - Knapp die Hälfte gehören einer Ordensgemeinschaft an | |
| Neuer Nuntius Lopez trifft am Samstag in Wien ein | 3 |
| Neuerung in Diözese St. Pölten: Schwarz setzt Diözesanrat ein | 3 |
| Minister Faßmann würdigt Kooperation mit Kirchen und Religionen | 4 |
| "Religiöse Symbole": Es braucht mehr Dialog Kirchen-Staat | 5 |
| Tagung: Gesellschaft braucht Werte und ethische Standards | 6 |
| Wien bekommt neuen armenischen Bischof | 7 |
| Familienverband zum Muttertag: Familienarbeit besser absichern | 8 |
| Opilio-Rossi-Medaille für Mediziner und Theologen Johannes Huber | 8 |
| Kirchliche Betriebsräte: Gute Seelsorge braucht gesunde Menschen | 9 |
| Katholischer Familienverband bietet kostenlose Steuerberatung | 10 |

V A T I K A N & R O M

| | |
|--|----|
| "Keiner in der kirchlichen Hierarchie steht über dem Gesetz" | 10 |
| Kritik und Lob für neue Missbrauchsnormen von Papst Franziskus | 11 |
| Papst zu Missbrauch: Lösung nicht "von einem Tag auf den anderen" | 12 |
| Papst Franziskus warnt vor reinem "Funktionsdenken" in Seelsorge | 13 |
| Papst zeigt Solidarität mit angefeindeter Roma-Familie | 14 |
| Vatikan übermittelt Wünsche zum Ramadan | 14 |

A U S L A N D

| | |
|---|----|
| Sri Lankas Kirche öffnet nach Anschlägen Schulen und Kirchen | 15 |
| Nach Vergewaltigung: Bozner Bischof gegen Generalverdächtigungen | 15 |
| Katholikenkomitee: Offenes Europa durch Nationalismus gefährdet | 16 |
| Hauptthemen des Ökumenischen Kirchentags 2021 stehen fest | 16 |
| Deutsche und polnische Bischöfe mahnen zu Engagement für Europa | 17 |
| Kritik an Priesterausbildung wegen Rede zu Homosexualität | 18 |
| Kritisches Echo auf Ethikratsexpertise zu Keimbahneingriffen | 18 |
| Patriarch Tawadros weiht in Düsseldorf neue koptische Kirche | 19 |

K U L T U R & M E D I E N

| | |
|---|----|
| Bischof Krautwaschl feiert 25-Jahr-Jubiläum der Fuchskirche Thal | 20 |
| ORF-Radiogottesdienst am Sonntag aus Salzburger Pfarre Itzling | 20 |

I N L A N D

Österreichs Kirche rechnet heuer mit 25 Neupriestern

Erhebung zum "Weltgebetstag für geistliche Berufungen": Zahl der Neupriester ähnlich wie in den Vorjahren - 16 der heuer geweihten Priesterkandidaten stammen aus Österreich, neun aus dem Ausland - Knapp die Hälfte gehören einer Ordensgemeinschaft an

Wien, 10.05.2019 (KAP) In der katholischen Kirche in Österreich gibt es mindestens 25 Männer, die noch 2019 zu Priestern geweiht werden oder dieses Sakrament bereits in den ersten Monaten des Jahres empfangen haben. Das geht aus den "Kathpress" bisher vorliegenden Angaben aus den heimischen Priesterseminaren und Ordensgemeinschaften hervor. Elf der bald oder bereits geweihten Neupriester kommen aus den Männerorden, die anderen sind Diözesanpriester. Damit liegt die erwartete Zahl um eines über der Gesamtzahl der Neupriester aus dem Vorjahr und leicht über dem Jahresschnitt seit 2010. Insgesamt leben und wirken in Österreich derzeit an die 3.800 katholische Priester.

16 der neuen Priester dieses Jahres sind Österreicher, darunter fünf gebürtige Oberösterreicher, je drei Wiener und Burgenländer, je zwei Steirer und Niederösterreicher und ein Kärntner, wobei vier von ihnen außerhalb ihrer Heimatdiözese geweiht werden. Von den neun im Ausland geborenen Neupriestern stammen drei aus Ost- und zwei aus Westeuropa, drei aus Asien und einer aus Afrika. Zwei Männer wurden heuer in ihren Heimatländern Indien und Kamerun zum Priester geweiht - nach einer teils in Österreich absolvierten Priesterausbildung, wo auch ihr künftiges Einsatzgebiet sein wird.

Das Durchschnittsalter der diesjährigen Neupriester beträgt heuer 37 Jahre, wobei der jüngste erst im 24., der älteste im 61. Lebensjahr steht. Speziell die Spätberufenen bringen neben der verpflichtenden Ausbildung - dazu gehört das Theologie- und Philosophiestudium sowie die propädeutische und pastorale Phase - auch andere Bildungs- und Berufswege mit: Jus-, Wirtschafts-, Physik- und Pharmaziestudien findet man in den Lebensläufen der neuen Priester ebenso wie frühere Tätigkeiten als Tischler, Politikberater, Kirchenmusiker, Verkäufer oder Krankenpfleger, einer von ihnen ist Leiter der Provinz seines Ordens. Etliche der Priesterkandidaten haben Erfahrungen in Volontariaten oder

längeren Sozial- oder Missionseinsätzen im Ausland gesammelt.

Traditioneller Termin 29. Juni

Während die Kirche am Sonntag, 12. Mai, beim "Weltgebetstag für geistliche Berufungen", die kirchlichen Berufe und speziell den Priesterberuf thematisiert und zum Gebet für diese aufruft, finden rund um das Kirchenfest Petrus und Paulus Ende Juni traditionell die Priesterweihen statt. Die größte davon ist im Wiener Stephansdom, wo Kardinal Christoph Schönborn am 22. Juni um 9.30 Uhr acht Männern - einer davon kommt aus einer Ordensgemeinschaft - das Weihesakrament spendet. Bereits in den vergangenen Wochen hat der Wiener Erzbischof in der Wiener Rochuskirche sowie bei den Barmherzigen Brüdern insgesamt drei Weihungen vorgenommen.

Direkt am Apostelfest am 29. Juni weiht der Eisenstädter Bischof Ägidius Zsifkovics im Martinsdom (9 Uhr) zwei Männer aus seiner Diözese zu Priestern, Bischof Manfred Scheuer um 10 Uhr im Linzer Mariendom einen Kandidaten und in St. Pöltner Dom um 14.30 Uhr Bischof Alois Schwarz zwei. Am 30. Juni folgt der Innsbrucker Bischof Hermann Glettler, der um 9 Uhr im Jakobsdom einem Ordensmann die Hände auflegt, eine Woche nachdem am 23. Juni um 15 Uhr der Grazer Bischof Wilhelm Krautwaschl in der Basilika Seckau - der Grazer Dom ist ja wegen Renovierungen derzeit gesperrt - den Weihegottesdienst leitet. Im Klagenfurter Dom 30. Juni weiht schließlich der emeritierte Linzer Bischof Maximilian Aichern - da die Diözese Gurk derzeit keinen eigenen Bischof hat - eine spätberufenen Priesteramtskandidaten.

Weitere Priesterweihtermine gibt es in den Stiften und Klöstern. Bereits stattgefunden hat am 27. April die Weihe im Stift Heiligenkreuz von vier Männern, von denen zwei künftig in Deutschland tätig sein werden und deshalb nicht in der Statistik berücksichtigt sind. Am 6. Juni weiht Bischof Manfred Scheuer im Stift Schlägl um 16 Uhr ein Mitglied der Prämonstratenser-

Chorherren, sowie schließlich am 4. Oktober der emeritierte Grazer Bischof Egon Kapellari im Kloster Leibnitz einen Kapuzinermönch zum

Priester. Erfahrungsgemäß kann es in der zweiten Jahreshälfte zu weiteren Priesterweihen kommen, deren Termin derzeit noch nicht feststeht.

Neuer Nuntius Lopez trifft am Samstag in Wien ein

Erstes Zusammentreffen mit Bischofskonferenz am Montag - Offizieller Antrittsempfang und Festmesse am 27. Juni

Wien, 10.05.2019 (KAP) Der neue Apostolische Nuntius in Österreich, Erzbischof Pedro Lopez Quintana (65), wird am Samstag in Wien eintreffen. Eine erste offizielle Begegnung mit der Kirche im Land ist für Montag geplant, wenn - in krankheitsbedingter Abwesenheit von Kardinal Christoph Schönborn - der Salzburger Erzbischof Franz Lackner als Stellvertretender Vorsitzender der Bischofskonferenz mit dem Nuntius an dessen Amtssitz in der Wiener Theresianumgasse zusammentreffen wird.

Die erste Begegnung zwischen dem neuen Nuntius und der gesamten Bischofskonferenz erfolgt im Rahmen ihrer nächsten Vollversammlung, die vom 17. bis 19. Juni in Mariazell stattfindet. Noch davor wird Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der Hofburg das Beglaubigungsschreiben von Nuntius Lopez offiziell entgegennehmen, der ab diesem Zeitpunkt dem in Österreich akkreditierten Diplomatischen Corps als Doyen vorstehen wird.

Bereits fixiert ist der Termin für den traditionellen Empfang des Apostolischen Nuntius für Vertreter aus Kirche, Staat und Diplomatie, der diesmal auch der offizielle Antrittsempfang von Erzbischof Lopez sein wird. Er findet am Donnerstag, 27. Juni, in der Nuntiatur statt. Am selben Tag ist um 18 Uhr die gemeinsame Eucharistiefeier mit dem neuen Nuntius im Wiener Stephansdom geplant, zu der alle Gläubigen eingeladen sind.

Erzbischof Lopez war zuletzt seit 2014 päpstlicher Botschafter in den baltischen Staaten.

Anfang März hatte der Vatikan die Ernennung des spanischen Vatikandiplomaten für die Leitung der Apostolischen Nuntiatur in Österreich bekannt gegeben.

Pedro Lopez Quintana stammt aus dem nordspanischen Barbastro, wo er am 27. Juli 1953 geboren wurde. Nach der Priesterweihe am 15. Juni 1980 promovierte er im Fach Kirchenrecht und trat 1984 in den Diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhls ein. Lopez war zunächst als Mitarbeiter an den päpstlichen Vertretungen in Madagaskar, Philippinen und Indien sowie in der römischen Kurie tätig. Ab 1998 war er Assessor der Sektion für Allgemeine Angelegenheiten des vatikanischen Staatssekretariats. In dieser Funktion wirkte er knapp fünf Jahre lang als Stellvertreter der damaligen Substituten (vatikanischen "Innenminister") Kardinal Giovanni Battista Re bzw. Kardinal Leonardo Sandri.

Ende 2002 wurde Pedro Lopez Quintana von Papst Johannes Paul II. (1978-2005) zum Titularerzbischof von Agropoli ernannt und wenige Wochen später zum Apostolischen Nuntius in Indien und Nepal. Die Bischofsweihe spendete Johannes Paul II. persönlich am 6. Jänner 2003 im Petersdom. Papst Benedikt XVI. (2005-2013) ernannte Lopez 2009 zum Nuntius in Kanada. Nach einer kurzen Rückkehr in das vatikanische Staatssekretariat im Jahr 2013 wirkte Lopez seit dem Frühjahr 2014 als Nuntius in Litauen, Estland und Lettland.

Neuerung in Diözese St. Pölten: Schwarz setzt Diözesanrat ein

Drei der neun konstituierenden Mitglieder neben dem Bischof sind Frauen

St.Pölten, 10.05.2019 (KAP) Bischof Alois Schwarz sorgt für eine Neuerung in der Diözese St. Pölten: Er hat einen Diözesanrat als Beratungsgremium konstituiert und in die gremiale Struktur der Diözese eingegliedert. Ihm gehören zehn Mitglieder

an - neben Schwarz selbst Generalvikar Eduard Gruber, Weihbischof Anton Leichtfried, Caritasdirektor Hannes Ziselsberger, der Leiter sowie der Geistliche Leiter der Pastoralen Dienste, Johann Wimmer und Gerhard Reitzinger,

Schulamtsleiter Josef Kirchner sowie auch drei Frauen: die Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung, Anna Rosenberger, Magdalena Ganster vom Bereich Kinder- und Jugend sowie die Regionalbegleiterin Michaela Lugmaier.

Der Diözesanrat "ermöglicht den Blick auf das Ganze und ist die Stimme der Frauen und Männer in der Diözese zur Unterstützung des Bischofs und der diözesanen Leitung", teilte die Diözese St. Pölten am Freitag mit. Er sei zudem ein Strategieort für große Schwerpunktsetzungen. Der Diözesanrat werde sich mit Themen beschäftigen, "die für den Bischof und für die Entwicklung von Empfehlungen für die Diözese zukunfts-

orientierte Wege erarbeiten". Entscheidungen über gemeinsam erarbeitete Vorhaben würden in den diözesanen Gremien wie Konsistorium, Wirtschaftsrat und Priesterrat umgesetzt.

Die Errichtung eines Diözesanrats ist für österreichische Diözesen nicht vorgeschrieben, wurde vom Zweiten Vatikanischen Konzil im Dekret über das Laienapostolat (Apostolicam actuositatem) aber empfohlen. Das auch Katholikenrat genannte Beratungsgremium solle die Tätigkeit der Kirche in Evangelisierung, Sozialem und anderen Bereichen bei entsprechender Zusammenarbeit von Klerikern mit den Laien unterstützen, heißt es dort.

Minister Faßmann würdigt Kooperation mit Kirchen und Religionen

Bildungsminister traf erstmals "Plattform der Kirchen und Religionsgesellschaften" - Konstruktives Einvernehmen bei offenen Punkten rund um Einführung des Ethikunterrichts alternativ zum konfessionellen Religionsunterricht

Wien, 10.05.2019 (KAP) Bildungsminister Heinz Faßmann schätzt das gute Verhältnis zwischen Staat, Kirchen und Religionen in Österreich sowie das direkte Gespräch. "Ich freue mich über die gute Kooperation und über die in Österreich gepflegte Haltung, Anliegen nicht über die Medien, sondern direkt miteinander zu besprechen", sagte der Minister bei seinem ersten offiziellen Treffen mit den Mitgliedern der "Plattform der Kirchen und Religionsgesellschaften" in Wien. Die Begegnung fand am Donnerstagnachmittag in den Amtsräumen der katholischen Bischofskonferenz statt. Hauptgesprächspunkt war die ab dem Schuljahr 2020/21 geplante Einführung des Ethikunterrichts als verpflichtendes Alternativfach für jene Schüler der Sekundarstufe II, die keinen bekenntnisgebundenen Religionsunterricht besuchen.

Alle 13 anwesenden Repräsentanten der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionen bekräftigten im Gespräch mit Faßmann ihre Unterstützung für das von der Regierung geplante Modell des Ethikunterrichts. Wie der Minister ausführte, konnte bereits ein Großteil der damit verbundenen Detailfragen im konstruktiven Einvernehmen mit den Kirchen und Religionen geklärt werden. So werde es künftig möglich sein, dass auch Religionslehrer mit einer entsprechenden Zusatzqualifikation den Ethikunterricht erteilen werden können. Schülerinnen und Schüler ohne religiöses Bekenntnis könnten künftig zwischen Religionsunterricht und Ethikunterricht

frei wählen. Der alternative Ethikunterricht sei keine Gefahr für den Religionsunterricht, zeigte sich Faßmann überzeugt, der erneut bekräftigte, dass man beide Gegenstände nicht gegeneinander ausspielen dürfe.

Thema des Gesprächs war auch das geplante Kopftuchverbot in der Volksschule, das vom u.a. Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft, Ümit Vural, als Eingriff in die Religionsfreiheit, entschieden abgelehnt wurde. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag der Regierung war am Mittwoch im Unterrichtsausschuss des Parlaments mehrheitlich angenommen worden. Faßmann unterstützt das Gesetzesvorhaben mit dem künftig das Tragen weltanschaulich oder religiös geprägter Bekleidung, mit der eine Verhüllung des Hauptes verbunden ist, untersagt werden soll. Die Regelung gelte nur bis zum vollendeten 10. Lebensjahr und soll auch nicht weiter ausgedehnt werden, so der Bildungsminister.

Gastgeber des Treffens mit dem Bildungsminister war der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Peter Schipka, der die Katholische Kirche in der Plattform vertritt. Weitere Teilnehmer waren u.a. der Vorsitzende der Orthodoxen Bischofskonferenz und griechisch-orthodoxe Metropolit Arsenios (Kardamakis), der Vorsitzende des Ökumenischen Rates der Kirchen und reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld und der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft, Ümit Vural. Die evangelisch-lutherische Kirche war durch Oberkirchenrätin Ingrid

Bachler vertreten, die altkatholische Kirche durch Bischof Heinz Lederleitner und die evangelisch-methodistische Kirche durch Superintendent Stefan Schröckenfuchs. Seitens der Israelitischen Kultusgemeinde nahm der Wiener Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister an dem Gespräch teil.

Die "Plattform der Kirchen und Religionsgesellschaften" wurde im Mai 2012 gegründet und steht allen in Österreich gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften offen. Im Vordergrund der gemeinsamen Aktivitäten steht der Austausch über wichtige Fragen im Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften.

"Religiöse Symbole": Es braucht mehr Dialog Kirchen-Staat

Tagung über "religiöse Symbole" an Katholisch-Theologischer Fakultät Innsbruck - Ordinariatskanzlerin Walter nimmt Religionsgemeinschaften und Politiker in die Pflicht - Kritik an Prozedere beim "Kopftuchverbot"

Innsbruck, 10.05.2019 (KAP) Der Wandel im gesellschaftlichen Diskurs zum Thema religiöse Symbole erfordert eine Intensivierung des Dialogs zwischen den Vertretern der Kirchen und Religionsgesellschaften. Laut der Ordinariatskanzlerin der Diözese Innsbruck, Gudrun Walter, gilt es gemeinsame Positionen zu finden und diese gegenüber politischen Verantwortungsträgern und in der Öffentlichkeit zu vertreten. "Weiters plädiere ich an alle politische Verantwortungsträger und Meinungsbildner, den Dialog und die Auseinandersetzung mit den Vertretern der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften zu suchen", sagte Walter bei einer Tagung zum Thema "Religiöse Symbole", die am Donnerstag und Freitag an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Innsbruck stattfand.

Zum von der Regierung forcierten "Kopftuchverbot" an Volksschulen, das demnächst im Parlament beschlossen werden soll, merkte die Ordinariatskanzlerin - eine von nur zwei Frauen in Österreich in dieser Position - kritisch an, die Regierungsparteien seien zu wenig auf Fragestellungen eingegangen, die die Bischofskonferenz während der Begutachtung des Gesetzesentwurfs formuliert hatte. So sei fraglich, ob das Einvernehmen mit der betroffenen Religionsgesellschaft gesucht wurde, ob das Verbot einem tatsächlichen Problem entspricht oder nicht einen überzogenen Eingriff in die Grundrechte darstellt.

Zur Frage von religiösen Symbolen im öffentlichen Raum schloss sich Walter den Ausführungen von Josef Qwitterer, dem Dekan der Theologischen Fakultät an: "Wenn religiöse Überzeugungen keinen öffentlichen Ausdruck mehr finden bzw. finden dürfen, werden sie nicht mehr nachvollziehbar und somit auch nicht korrigier-

bar. Nur eine Religion, die sich in Symbolen und Bekenntnissen in den öffentlichen Raum begibt, setzt sich der kritischen Reflexion aus und ist besser gefeit vor Absolutierungen und religiösen Kurzschlüssen."

Symbole und deren Rezeption wandeln sich

Walter wies in ihrem Vortrag darauf hin, dass religiöse Symbole einem zeitlichen und gesellschaftlichen Wandel unterliegen. Das gelte auch für das Kreuz: Weil es im Alten Rom als Symbol für Verbrechen und Todesstrafe als Schande galt, verwendeten die Christen in der Frühzeit der Kirche nicht das Kreuz als Erkennungszeichen, sondern meist das Christusmonogramm, die griechischen Anfangsbuchstaben des Wortes "Christus". Erst in der Romanik wurde das Kreuz mit dem Leib Christi verbunden, wobei zunächst der sieghafte Christus dargestellt wurde, wie Gudrun Walter erinnerte. Die heute geläufige Darstellung des leidenden Christus am Kreuz entstand mehr als ein Jahrtausend nach Jesu Tod erst in der Gotik.

Dass sich auch das Auge des Betrachters religiöser Symbole wandelt, veranschaulichte die Ordinariatskanzlerin am Beispiel des "Wach-Kreuzes" auf der Innbrücke in Innsbruck. Das vom Tiroler Bildhauer Rudi Wach gestaltete Kreuz mit einem Corpus ohne Lendenschurz wurde wegen seiner Anstößigkeit für manche Gläubige 22 Jahre lang nicht am vorgesehenen Ort aufgestellt; erst 2007 veranlasste die damalige Innsbrucker Bürgermeisterin Hilde Zach die Aufstellung dort, wo das Wach-Kreuz bis heute steht. "Eine emotionale Debatte, wie sie in den 1980iger Jahren geführt wurde, blieb 2007 aus", schilderte Walter.

Die Tagung zum Thema "Religiöse Symbole" erfolgte im Rahmen der Reihe "Religion und Staat im Brennpunkt" an der Uni Innsbruck. Unter den Teilnehmenden waren Vertreter verschiedener in Österreich anerkannter Religions- und Bekenntnisgemeinschaften wie der evangelischen

und orthodoxen Kirchen, der Israelitische Religionsgesellschaft, der Aleviten oder der Zeugen Jehovas, das Programm sah auch eine Diskussion mit Vertretern aus der Kommunalpolitik vor. (Info: www.uibk.ac.at/praktheol)

Tagung: Gesellschaft braucht Werte und ethische Standards

Erzbischof Lackner: Gesellschaft wird ohne religiös motivierte ethisch-moralische Standards nicht auskommen - Gemeinsame Tagung von Katholischer Aktion und Theologischer Fakultät Salzburg zum Beitrag des Christlichen für eine lebenswerte Gesellschaft - Sozialethiker Palaver pocht auf Geschwisterlichkeit

Salzburg, 10.05.2019 (KAP) Eine Gesellschaft werde ohne religiös motivierte ethisch-moralische Standards nicht auskommen. Das betonte Erzbischof Franz Lackner am Freitag bei einer gemeinsamen Tagung von Katholischer Aktion (KA) und Theologischer Fakultät der Universität Salzburg unter dem Leitwort "Perspektiven für eine lebenswerte Gesellschaft. Zum Beitrag des Christlichen vor Ort". Der Unirektor und Theologe Heinrich Schmidinger betonte dabei Freiheit und Demokratie als unverzichtbare Voraussetzungen für eine lebenswerte Gesellschaft. Es handle sich um Werte, die es zu verteidigen gelte in einer Zeit, in der der demokratische Rechtsstaat immer wieder in Frage gestellt werde und die Demokratie mancherorts zu erodieren beginne, so Schmidinger laut Pressedienst der Erzdiözese Salzburg.

Die Tagung sei ein Angebot für einen Ort, an dem man sich offen und zwanglos, respektvoll und auf Augenhöhe mit anderen Menschen austauschen könne, betonten KA-Präsidentin Elisabeth Mayer und Theologie-Dekan Alois Halbmayr für die Organisatoren der Tagung. Solche Orte würden dringend gebraucht in einer Zeit, in der es zusehends schwieriger werde, in zentralen Fragen Kompromisse oder sogar einen Konsens zu finden, "in der sich die politischen Diskurse polarisieren, grundlegende Herausforderungen nicht mehr in offener Diskussion angegangen, sondern strategischen Überlegungen unterworfen und Weichenstellungen in Hinterzimmern entschieden werden", wie Dekan Halbmyr meinte.

"Sünde der Gleichgültigkeit"

Der Innsbrucker Sozialethiker Wolfgang Palaver machte in einem der Hauptreferate die von Papst Franziskus benannte Gleichgültigkeit, die letzt-

lich "Sünde der Gleichgültigkeit" sei, als Grund für die mangelnde Bereitschaft aus, etwa gegen die Klimakrise aufzutreten. Mittlerweile beklage der Papst eine "Globalisierung der Gleichgültigkeit", denn Gleichgültigkeit blockiere jedes Engagement, so Palaver. Dies aber führe zum Verlust des Sinns für eine "Brüderliche Verantwortung", den Franziskus etwa auch in der Haltung gegenüber dem Schicksal der ertrunkenen und gestrandeten Migranten im Mittelmeer beklage. Auch eine "Wirtschaft der Ausschließung", vor der Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben "Evangelii gaudium" warne, sei Teil dieser Gleichgültigkeit.

Der Gleichgültigkeit müsse die Geschwisterlichkeit gegenübergestellt werden. Diese müsse, laut Franziskus, eine universale Geschwisterlichkeit sein, stellte Palaver fest. Die Geschwisterlichkeit betreffe die unterschiedlichsten Lebensbereiche in den großen politischen Zusammenhängen genauso wie im alltäglichen Zusammenleben zwischen Nachbarn. Geschwisterlichkeit gehöre eindeutig zu den Grundvoraussetzungen einer Demokratie, oder, wie es Franziskus als ein ihm wichtiges Grundprinzip nennt: "Die Einheit steht über dem Konflikt." Kurz vor den Europawahlen könne diese Absage an den gefährlichen Populismus nicht genug betont werden, sagte Palaver. Geschwisterlichkeit brauche es natürlich auch "im Miteinander der Religionen und Kulturen in unserer immer pluraler gewordenen Welt".

"Gemeinschaftliche Umkehr"

Die Verantwortung für das gesellschaftliche Engagement in diesem Sinne liege zuerst bei jeder und jedem einzelne von uns, erinnerte der Sozialethiker. Und doch genüge die individuelle

Verantwortung allein nicht, es gehe auch um eine "gemeinschaftliche Umkehr" und die Bildung von "Netzen der Gemeinschaft". Schließlich gebe es auf oberster Ebene die politische Verantwortung, die auf globaler, kontinentaler und nationalstaatlicher Ebene wahrgenommen werden müsse. Für jene aber, die auf politischer Ebene nicht aktiv werden könne, biete die Zivilgesellschaft viele Möglichkeiten, "die Gleichgültigkeit hinter sich zu lassen", so Palaver.

Dabei seien "auch wir als Kirche aufgefordert, als Gemeinschaft vor allem im Bereich der Zivilgesellschaft Verantwortung für die Schöpfung, für die Armen und den Frieden zu übernehmen", sagte der Sozialethiker. Denn die Kirche dürfe nicht nur zur Überwindung der Gleichgültigkeit und zur gelebten Geschwisterlichkeit

aufzurufen, sie müsse vielmehr eine solche Haltung konkret als Zeugnis vorleben.

"Gegenwärtige Herausforderungen für eine lebenswerte Gesellschaft aus sozialwissenschaftlicher Perspektive" stellte in der Folge Margit Schratzenstaller-Altzinger vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) Wien vor. Sie lieferte die Zahlen und Daten, die nicht zuletzt auch (wirtschafts-)politischen Entscheidungen der Regierung zugrunde liegen, und führte in ihre Interpretation ein. Beispiel Bruttoinlandsprodukt (BIP): Dieses ist in Österreich zwischen 1990 und 2016 um 40 Prozent gestiegen. Das BIP gelte oft als Indikator für Wohlstand, was allerdings zu kurz greife, weil einige - mittlerweile wichtige - Parameter darin nicht berücksichtigt würden, wie etwa Ökologie und Nachhaltigkeit.

Wien bekommt neuen armenischen Bischof

Katholikos-Patriarch Karekin II. weiht Tiran Petrosyan am Sonntag in Armenien zum Bischof für Mitteleuropa mit Sitz in Wien - Der neue Bischof hat an der Wiener Katholisch-Theologischen Fakultät studiert und promoviert

Wien, 10.05.2019 (KAP) Wien wird wieder Sitz eines armenisch-apostolischen Bischofs: Patriarchal delegat Tiran Petrosyan wird am kommenden Sonntag in Etschmiadzin (Armenien) von Katholikos-Patriarch Karekin II. zum Bischof geweiht. Petrosyan ist als Bischof für die Armenisch-apostolische Kirche in Mitteleuropa (Österreich, Tschechische Republik, Slowakei usw.) und Skandinavien zuständig. Am 19. Mai wird Bischof Tiran erstmals in der armenisch-apostolischen Kirche St. Hripsime im 3. Bezirk ein Pontifikalamt zelebrieren.

Tiran Petrosyan hat an der Wiener Katholisch-Theologischen Fakultät studiert. Er promovierte 2009 im Fachbereich Liturgiewissenschaft und Sakramententheologie über das Thema "Die liturgischen Reformen von Katholikos Simeon I. Erewantsi (1763-1780): Liturgisches Jahr und Kalendarium der Armenischen Kirche". Die Katholisch-Theologische Fakultät hat ihrem Absolventen bereits auf ihrer Website zur Bischofsweihe

gratuliert. Als Patriarchal delegat wirkt Petrosyan seit 2013 in Wien.

Armenier in Österreich

In Österreich leben seit dem 17. Jahrhundert Angehörige der Armenisch-apostolischen Kirche. Heute gibt es im Land ca. 7.000 armenische Christen, davon 3.000 in Wien. Kleine armenische Gemeinden gibt es neben Wien auch noch in Linz, Graz, Bregenz, Klagenfurt und Salzburg.

Wesentlichen Anteil am Aufbau der Armenisch-apostolischen Kirche in Österreich hatte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der aus Aleppo stammende armenische Priester, Theologe und Vorkämpfer der Ökumene Mesrob Krikorian, der 1986 zum Bischof ernannt wurde und 2017 im 85. Lebensjahr verstarb. 1968 wurde die Kirche St. Hripsime im 3. Bezirk geweiht, 1980 errichtete der damalige Katholikos-Patriarch Vazken I. die neue Diözese für Mitteleuropa und Skandinavien mit Sitz in Wien.

Familienverband zum Muttertag: Familienarbeit besser absichern

KFÖ-Vizepräsidentin Ebenberger: Mehr als 11 Milliarden Stunden werden jährlich an unbezahlter Familien- und Hausarbeit geleistet - Erziehungszeiten für Biennalsprünge angemessen anrechnen werden

Wien, 10.05.2019 (KAP) Mehr als 11 Milliarden Stunden werden jährlich an unbezahlter Familien- und Hausarbeit geleistet - zu zwei Drittel davon von Frauen, meist Mütter. Vor diesem Hintergrund hat der Katholische Familienverband Österreichs (KFÖ) in einer Aussendung anlässlich des bevorstehenden Muttertags am Sonntag dazu aufgerufen, mehr Augenmerk auf den Wert der Familienarbeit zu richten und jene bessere abzusichern, die sie überwiegend verrichten.

"Auch wenn uns die Väterbeteiligung ein großes Anliegen ist und wir Familien anregen wollen, sich die Erziehungsarbeit partnerschaftlich zu teilen, ist es uns bewusst, dass der überwiegende Anteil immer noch von Frauen verrichtet wird", erklärte KFÖ-Vizepräsidentin Astrid Ebenberger. Viele von ihnen würden beruflich pausieren oder zurückstecken. "Wir müssen alles dafür tun, dass diese Frauen dadurch kein erhöhtes Armutsrisiko in Kauf nehmen", appellierte Ebenberger.

Ihr konkreter Vorschlag: Erziehungszeiten sollten für Biennalsprünge angemessen angerechnet werden. Sie verwies auf einen entsprechenden Entschließungsantrag im Nationalrat, wonach künftig die Kollektivverträge der einzelnen Branchen diese Biennalsprünge künftig auch während der Karenzzeiten gewähren müssen, wies Ebenberger hin. Die Politiker und auch die Sozialpartner seien hier zu einem genauen Monitoring aufgefordert: "Es ist wichtig, dass der Fortschritt in den einzelnen Kollektivverträgen genau dokumentiert wird." Die Vizepräsidentin sieht in

der bisherigen mangelhaften Anrechnung der Karenzzeiten eine wesentliche Ursache für den Gender-Pay-Gap, die Kluft zwischen Frauen- und Männergehältern.

Armutsfalle Kindererziehungszeiten

Ebenberger sieht auch Handlungsbedarf beim Thema Pensionen. Durch ein Splitting könnte jener Elternteil besser abgesichert werden, der beruflich aufgrund der Kinder zurücksteckt. Altersarmut sei derzeit vorwiegend ein Frauenproblem: "Zwei Mal so viele Frauen wie Männer sind davon betroffen, meist sind es Frauen, deren Pension aufgrund von beruflichen Fehlzeiten durch Kindererziehung nicht zum Leben reicht", unterstrich Ebenberger hier Reformbedarf. "Die Möglichkeit ist prinzipiell da, aus dem Alltag wissen wir aber, dass viele Frauen nicht genügend über die Möglichkeit des Pensionssplittings informiert sind." Daher fordere der Katholische Familienverband eine Informationsoffensive. Wenn Kindererziehung nicht zur Armutsfalle im Alter wird, würde sich auch die Väterbeteiligung erhöhen, zeigte sich Ebenberger von einem erzieherischen Effekt überzeugt.

Grundsätzlich sei es zu begrüßen, dass es einen Tag wie den Muttertag gibt, "auch wenn er für manche vielleicht antiquiert wirkt", betonte die KFÖ-Vizepräsidentin. Sich wenigstens einmal im Jahr den Wert der Familienarbeit und die Bedürfnisse der solcherart Engagierten vor Augen zu halten sei "keineswegs altmodisch".

Opilio-Rossi-Medaille für Mediziner und Theologen Johannes Huber

Von Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände (AKV) vergebene Auszeichnung für hervorragende Leistungen um das Laienapostolat im Bereich der Familien- und Gesellschaftspolitik wird am 4. Juni im Wiener Palais Epstein überreicht

Wien, 10.05.2019 (KAP) Der Mediziner und Theologe Prof. Johannes Huber wird mit der Opilio-Rossi-Medaille 2019 ausgezeichnet. Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände (AKV) vergibt diese Auszeichnung jedes Jahr für hervorragende Leistungen um das Laienapostolat im Bereich der

Familien- und Gesellschaftspolitik. Prof. Huber erhält die Medaille im Rahmen einer Feierstunde am 4. Juni im Wiener Palais Epstein (17.30 Uhr) überreicht. Die Laudatio hält der Wiener Theologe Prof. Matthias Beck. Grußworte kommen von AKV-Präsident Helmut Kukacka und ÖVP-Klub-

obmann August Wöginger. Musikalisch umrahmt wird die Feier vom "Modern Sounds Vienna Quartet".

Johannes Huber wurde 1946 in Bruck an der Leitha geboren, er studierte in Wien Theologie und Medizin und war von 1973 bis 1983 Sekretär von Kardinal Franz König (1905-2004). 1985 habilitierte er an der Medizinischen Fakultät der Universität Wien. 1992 wurde Huber Leiter der Abteilung für gynäkologische Endokrinologie und Reproduktionsmedizin am AKH-Wien. Zu seinen wissenschaftlichen Schwerpunkten gehörten die Frauen- und Altersforschung. Bis 2007 leitete er die Bioethikkommission beim Bundeskanzleramt.

Immer wieder sorgte Huber auch mit seinen Büchern für Aufsehen. In seinen jüngsten Werken geht es ihm vor allem um die Vereinbarkeit von Glaube und Wissenschaft. 2008 verfasste er zusammen mit dem Physiker Walter Thirring das Buch "Baupläne der Schöpfung - Hat die Welt einen Baumeister?". Und auch in seinen Büchern "Es existiert - Die Wissenschaft entdeckt das Unsichtbare" (2016), "Der holistische Mensch - Wir sind mehr als die Summe unserer Organe" (2017)

und "Woher wir kommen. Wer wir sind. Wohin wir gehen: Die Erforschung der Ewigkeit" (2018) plädierte er dafür, dass Naturwissenschaften und Theologie keine Gegensätze sind.

Die "Kardinal Opilio Rossi-Medaille", die den Namen des einstigen, 2004 verstorbenen Apostolischen Nuntius in Österreich und Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Laien trägt, wird von der "Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände" (AKV) alljährlich für "herausragende Leistungen im Sinne des wohlverstandenen Laienapostolats" zur "Gestaltung der Gesellschaft aus christlicher Verantwortung" vergeben. Letzte Preisträger waren der Publizist Hans Winkler (2014), die Unabhängige Opferschutzanwältin Waltraud Klasnic (2015), der Arbeits- und Sozialrechtler Wolfgang Mazal (2016), der frühere oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer (2017) sowie - ebenfalls 2017 - der langjährige Präsidenten des Katholischen Laienrates Österreichs (KLRÖ) Wolfgang Rank. 2018 wurde der frühere Generaldirektor der Österreichischen Nationalbibliothek und langjährige "Pro Oriente"-Präsident Johann Marte ausgezeichnet.

Kirchliche Betriebsräte: Gute Seelsorge braucht gesunde Menschen

Betriebsräte aus Diözesen und Caritas weisen auf geistliche und körperliche Dimension der sozialen und kirchlichen Arbeit hin

St. Pölten, 10.05.2019 (KAP) Nur gesunde Menschen können gute Seelsorge betreiben: So lautet das Fazit von mehr als 120 kirchlichen Betriebsrätinnen und Betriebsräten aus ganz Österreich nach der jüngsten Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Dienstnehmervertretungen Österreichs (AKDÖ), die in dieser Woche im St. Pöltner Bildungshaus St. Hippolyt stattgefunden hat. Von 6. bis 8. Mai standen bei der Tagung die gesundheitlichen Belastungen in Pflege und Seelsorge im Fokus - denn diese habe nicht nur eine geistliche Dimension, sondern auch eine körperliche, hieß es in einer Presseerklärung am Freitag.

Das zeige sich auch in den vielseitigen Arbeitsbereichen der kirchlichen Mitarbeiter, meinte etwa Gabi Wurzer, Betriebsratsvorsitzende der Caritas der Erzdiözese Wien. Sie erinnerte, dass

die kirchlichen Betriebsräte "nicht nur Menschen mit Bürojob" vertreten, sondern auch "jene, die in der Pflege aktiv sind oder mit psychisch schwierigen Klientinnen und Klienten umgehen". "Was können jene Menschen für die eigene Gesundheit tun, die sich mit Körper und Geist voll für Hilfsbedürftige einsetzen?", sei laut Magdalena Hartl-Fischer, Betriebsratsvorsitzende des Pastoralamtes der Diözese Linz, darum eine der wichtigsten Fragen.

Notwendig sei auch "die Entspannung in einer beschleunigten Welt", wies der Theologe und Direktor des "Instituts für Traditionelle Europäische Medizin" (InstiTEM) in seinem Hauptvortrag hin. Die Bedeutung der Einheit von Körper und Geist unterstrichen auch Arbeitsmediziner Andreas Stryeck und der Arbeits- und Organisationspsychologe Heimo Pilko.

Katholischer Familienverband bietet kostenlose Steuerberatung

Vorsitzende Steuerberaterin Fruhwürth: Dem Fiskus kein Geld schenken

Wien, 10.05.2019 (KAP) "Holen Sie sich Ihr Familiensteuergeld zurück!" Diese Aufforderung verbindet der Katholische Familienverband Wien mit dem Angebot einer kostenlosen telefonischen Steuerberatung am 15. Mai. Dessen Vorsitzende Barbara Fruhwürth, hauptberuflich Steuerberaterin, wies in einer Aussendung am Freitag darauf hin, dass Familien jedes Jahr Geld beim Finanzamt liegen lassen, das ihnen eigentlich zustünde. Familienbonus, Ausbildungskosten,

außergewöhnliche Belastungen und vieles mehr könnten Familien im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung steuerlich geltend machen.

Der Familienverband bietet am kommenden Mittwoch von 14 bis 18 Uhr unter Tel. 0664/88.59.39.32 eine Gratisberatung durch kompetente Steuerberater. Alternativ werden ganzjährig steuerrelevante Fragen per Mail an steuerinfo@familie.at beantwortet.

V A T I K A N & R O M

"Keiner in der kirchlichen Hierarchie steht über dem Gesetz"

Nach dem Anti-Missbrauchsgipfel Ende Februar im Vatikan gibt der Papst nun der Weltkirche genauere Normen - Hintergrundbericht von Kathpress-Korrespondent Roland Juchem

Vatikanstadt, 10.05.2019 (KAP) "Es braucht Konkretheit" im Kampf gegen Missbrauch, hatte Papst Franziskus gesagt, als er Ende Februar den weltweit beachteten Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan eröffnete. Mit den am Donnerstag veröffentlichten Normen gegen Missbrauchstäter und jene, die sie decken, legt der Vatikan zweieinhalb Monate später konkrete Maßnahmen vor.

Das Motu Proprio "Vos estis lux mundi" (Ihr seid das Licht der Welt) verpflichtet alle Kleriker sowie Angehörigen von Ordens- und geistlichen Gemeinschaften, Verdachtsfälle von Missbrauch zu melden. Gleichzeitig werde jene, die solche Informationen weitergeben, geschützt. Erstmals geregelt werden Untersuchungen gegen Bischöfe, die Ermittlungen vertuscht, unterlassen oder verschleppt haben. Auch werden kirchliche Stellen verpflichtet, staatliche Strafermittler in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Eine weltweite kirchenrechtliche Pflicht, Verdachtsfälle von sich aus staatlichen Stellen zu melden, erlässt der Papst nicht. In Staaten mit christenfeindlichen Regimen wäre dies zu gefährlich. Wo aber Bischofskonferenzen bereits eine Meldepflicht an staatliche Stellen erlassen haben, bleibt diese von dem neuen Erlass unberührt. Ausdrücklich verpflichtet Artikel 19 des Motu Proprio zur Einhaltung staatlicher Gesetze.

Weiter soll binnen eines Jahres jede Diözese eine öffentlich leicht zugängliche Meldestelle für Verdachtsfälle von Missbrauch und Vertuschung eingerichtet haben. Viele Diözesen haben so etwas seit Jahren, andernorts hapert es noch. Sollte eine Diözese bis Anfang Juni 2020 dies nicht schaffen oder tun wollen, würden sicher die Bischofskonferenz mithelfen oder der Nuntius dies anmahnen, sagte Maltas Erzbischof Charles Scicluna bei der Vorstellung der neuen Vorgaben im Vatikan.

Für Scicluna, einen der treibenden Köpfe für kirchliche Maßnahmen gegen Missbrauch, ermächtigt der neue "epochale Erlass" die Gläubigen insgesamt, von Bischöfen und Ordensoberen mehr Rechenschaft und Transparenz einzufordern. "Niemand in der kirchlichen Hierarchie steht über dem Gesetz", so der Erzbischof.

Mit zwei wichtigen Neuerungen greift der Papst Vorschläge der US-Bischöfe auf. So sollen Vorwürfe gegen einen Bischof zunächst durch dessen Metropolitan-Erzbischof untersucht werden. Dieser kann sich dazu fachkundige Hilfe durch Laien holen - etwa im Bereich IT bei Fällen von Kinderpornografie, vor allem aber durch Psychologen und Juristen. Beauftragt und instruiert wird der Erzbischof von der zuständigen Vatikanbehörde. Im Fall der Befangenheit eines Metropoliten, bestimmt die Kurie eine dritte Person.

"Päpstliches Geheimnis" neu geregelt

Den Vorwurf des deutschen Kardinals Reinhard Marx beim Krisengipfel, das sogenannte "Päpstliche Geheimnis" würde oft überinterpretiert und damit Aufklärung verhindert, greifen die neuen Normen ebenfalls auf. So regelt Artikel 4, dass wer einen Verdacht auf Missbrauch meldet, nicht das Amtsgeheimnis verletzt. Auch darf ihm diesbezüglich kein Schweigegebot auferlegt werden.

Zudem wird der Begriff des Missbrauchs auf jede Form des Missbrauchs von Autorität ausgeweitet. "Es betrifft also auch den Missbrauch von Ordensfrauen durch Priester, oder den von Seminaristen oder Novizen durch deren Obere", so der Leiter der Bischofskongregation, Kardinal Marc Ouellet in einer Stellungnahme.

Da Seminaristen kirchenrechtlich Laien sind, so Scicluna, finden die neuen Normen Anwendung auch im Fall anderer Volljähriger, sofern diese vom Täter irgendwie geistlich-psychologisch abhängig wären. Die Grenzen zu einvernehmlichen Handlungen zwischen Erwachsenen dürften in Einzelfällen fließend sein.

Schnellere Untersuchungen

Insgesamt soll die Aufarbeitung möglicher Missbrauchsfälle beschleunigt werden. So sind Voruntersuchungen im betroffenen Land selbst nach 90 Tagen abzuschließen. Für den anschließenden eigentlichen Gerichts- oder Verwaltungsprozess nennt Scicluna als durchschnittliche Dauer ein Jahr, für Berufungsverfahren weitere sechs Monate. Was er sich dafür noch wünscht: dass Opfer im Prozess stärker beteiligt werden.

Für eine bessere und schnellere Aufarbeitung werden die zuständigen vatikanischen Behörden erstmals verpflichtet, sich gegenseitig zu informieren. Mangelnde Koordination und Information führten bisher oft zur Verzögerung von Verfahren.

Das neue Motu Proprio beinhaltet klarere und erweiterte Verfahrensregeln. Es verschärft keine Strafen und schafft auch keine neuen Straftatbestände. Der Straftatbestand unterlassener Aufarbeitung von Missbrauchsfällen oder gar deren Vertuschung durch Bischöfe oder Ordensobere wurde bereits mit dem Motu Proprio "Come una madre amorevole" von 2016 geschaffen; "Vos estis lux" bietet dafür die bisher fehlenden Ausführungsbestimmungen.

Kritik und Lob für neue Missbrauchsnormen von Papst Franziskus**Initiative "Wir sind Kirche" begrüßt neue Regelungen - Opferverbände üben hingegen Kritik**

Bonn, 10.05.2019 (KAP/KNA) Kritik und Lob gibt es für die am Donnerstag veröffentlichten neuen weltweit gültigen kirchenrechtlichen Normen von Papst Franziskus zum innerkirchlichen Vorgehen bei Fällen von sexuellem Missbrauch. Die Initiative "Wir sind Kirche" in Deutschland würdigte das Dokument. "Was der Papst nun zum Umgang mit Missbrauch in der Kirche verkündet hat, ist plausibel, konkret und notwendig", sagte Sprecher Christian Weisner der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Freitag).

Zugleich betonte Weisner, derartige Regeln zum Umgang mit Missbrauch seien lange überfällig gewesen: "Wenn das Schreiben direkt am Ende des Anti-Missbrauchsgipfels im Februar veröffentlicht worden wäre, wäre der Erfolg des Gipfels sofort sichtbar geworden."

Das internationale Netzwerk von Missbrauchsoffern "Ending Clergy Abuse" (ECA) äußerte sich hingegen kritisch. Das neue Gesetz bringe "offenbar keine wesentlichen oder bedeutenden Änderungen" und immer noch zu wenige

Konsequenzen für Bischöfe, die Missbrauch vertuschen, hieß es in einer am Donnerstagabend veröffentlichten Erklärung.

Konkret bemängelt der Verband drei Punkte: Es gebe erstens weiterhin keine Meldepflicht für sexuellen Missbrauch durch Priester und Bischöfe gegenüber den Zivilbehörden. Zweitens bleibe der Prozess der Meldung, Untersuchung und Feststellung eines Falls weiter geheim und unter vollständiger Kontrolle des Ortsbischofs. Und drittens fehle immer noch ein echtes "Null-Toleranz-Gesetz" gegen sexuellen Missbrauch in der Kirche. Dieses müsse eindeutig festlegen, dass jeder Priester, der zu irgendeinem Zeitpunkt auch nur einen sexuellen Missbrauch begangen habe, für immer vom Priesteramt ausgeschlossen werde.

Auch dem Opferverband "Eckiger Tisch" gehen die Regeln hingegen nicht weit genug. Sprecher Matthias Katsch bezeichnete im Radioprogramm SWR Aktuell das neue Gesetz zwar als guten Schritt. Es fehle aber die verbindliche

Vorgabe, dass Fälle sexuellen Missbrauchs an Behörden gemeldet werden müssten.

Der Missbrauchsbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, sprach auf Anfrage von einer weiteren wichtigen Maßnahme zur Bekämpfung von sexueller Gewalt sowie von Leugnung und Vertuschung. Für die Weltkirche gebe es nun "begrüßenswerte Standards". Zugleich äußerte er Verständnis dafür, dass es nicht automatisch eine Meldepflicht an staatliche Behörden gebe. Die Leitlinien gälten für die Weltkirche, gab Rörig zu bedenken. Und nicht in allen Ländern der Welt gebe es rechtsstaatliche Standards. Er betonte, dass die Regelungen des Papstes die Meldepflichten, die etwa die Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz vorsähen, nicht aushebelten.

Für die Deutsche Bischofskonferenz begrüßte deren Missbrauchsbeauftragter Stephan Ackermann die neuen Regelungen. Unter ande-

rem lobte der Trierer Bischof, dass die neuen Normen weiter gingen als bisherige Straftatbestände des kirchlichen Rechts - sowohl bei den Beschuldigten als auch beim Blick auf die Opfer.

Papst Franziskus hat die Kirchenrechtsnormen im Kampf gegen den sexuellen Missbrauch durch Geistliche drastisch verschärft. Das am Donnerstag veröffentlichte kirchliche Gesetz sieht neue Verfahrensweisen für die Strafanzeige vor und führt eine weltweite Anzeigepflicht ein. Erstmals regelt es die Untersuchung gegen Bischöfe, die Ermittlungen vertuscht oder verschleppt haben. Zudem müssen alle Diözesen bis spätestens Juni 2020 ein leicht zugängliches Meldesystem für Anzeigen einrichten. Das sogenannte Motu Proprio trägt den Titel "Vos estis lux mundi" (Ihr seid das Licht der Welt). Die neuen Normen gelten zunächst für drei Jahre und treten am 1. Juni in Kraft.

Papst zu Missbrauch: Lösung nicht "von einem Tag auf den anderen"

Franziskus bei Treffen mit Ordensoberinnen aus aller Welt im Vatikan: Hätte man "100 des Missbrauchs schuldige Priester auf dem Petersplatz aufgehängt, wären alle zufrieden gewesen, aber das Problem wäre nicht gelöst" - Papst dämpft Erwartungen an Frauendiakoniat - Gesamtergebnis der Diakoninnen-Kommission "kein großer Wurf"

Vatikanstadt, 10.05.2019 (KAP) Das Problem des Missbrauchs könne in der Kirche nicht "von einem Tag auf den anderen" gelöst werden; ein Prozess habe jedoch begonnen. Das hat Papst Franziskus am Freitag vor knapp 900 Ordensoberinnen aus aller Welt bei einer Begegnung im Vatikan betont. Einige Opferverbände seien unzufrieden mit den Ergebnissen des Kinderschutzgipfels im Februar, sagte der Papst laut der Internetseite "Vatican News". "Ich verstehe sie, weil sie innerlich leiden", so Franziskus. Hätte man "100 des Missbrauchs schuldige Priester auf dem Petersplatz aufgehängt, wären alle zufrieden gewesen, aber das Problem wäre nicht gelöst", meinte der Papst. "Wir haben einen Weg begonnen", verwies er auf das am Donnerstag veröffentlichte Motu Proprio, mit dem er das Kirchenrecht im Kampf gegen Missbrauch verschärfte.

Den Missbrauch von Ordensfrauen in der katholischen Kirche, auch in Form von Macht- und Gewissensmissbrauch, bezeichnete der Papst demnach als "schweres Problem". Der Dienst von Ordensfrauen solle Dienst und nicht Dienstbarkeit sei, so Franziskus, der eine bereits mehrmals getroffenen Aussage wiederholte: "Du bist nicht

Ordensfrau geworden, um Haushälterin eines Klerikers zu sein: nein." Noch nicht überall in der Kirche sei diese Haltung nach Einschätzung von Papst Franziskus angekommen: "Helfen wir uns gegenseitig", bat er die Ordensoberinnen.

Diakoninnen-Kommission blieb uneins

Mit Spannung erwartet worden war das Treffen zwischen Papst und Ordensoberinnen vor allem deshalb, weil bei ihrer letzten Begegnung vor drei Jahren die Rede auf den Frauendiakoniat gekommen war. Franziskus setzte eine Kommission ein, die den historischen Dienst von Diakonissen in der frühen Kirche untersuchte und somit die Grundlage für eine Entscheidung darüber erarbeiten sollten, ob der Frauendiakoniat in Zukunft wiedereingeführt werden könnte. Dem Ausschuss gehörten je sechs weibliche und männliche Experten an, unter ihnen die in Wien lehrende Theologin und Spiritualitäts-Expertin Marianne Schlosser und der Bonner Dogmatiker Karl-Heinz Menke.

Das Gesamtergebnis der Kommission sei im Ganzen "kein großer Wurf", sagte der Papst den Oberinnen an diesem Freitag geradeheraus.

Die zwölf Mitglieder des wissenschaftlichen Gremiums hätten sich am Ende nicht einigen können, "jeder hatte eine eigene Vorstellung". In den persönlichen Einschätzungen verträten die Kommissionsmitglieder teils fortschrittlichere, teils traditionellere Positionen. "Man muss das studieren, denn ich kann kein sakramentales Dekret machen ohne eine theologische, historische Grundlage", sagte der Papst.

Er werde das Dokument der Frauendiakonats-Kommission der Vorsitzenden der Vereinigung der Ordensoberinnen, Carmen Sammut, überreichen, kündigte der Papst an. Sollte jemand an den Einzeleinschätzungen der Kommissionsmitglieder interessiert sein, könne er sie zur Verfügung stellen, so Franziskus.

Die deutsche Franziskaner-Oberin Katharina Ganz führte laut "Vatican News" bei der Begegnung die Frage nach dem Diakonat weiter und

wollte vom Papst wissen, welche Antworten sich heute, im 21. Jahrhundert, auf das Verlangen vieler Frauen finden ließen, die dem Volk Gottes "mit denselben Rechten dienen" wollten. Es sollten "nicht nur historische und dogmatische Quellen" herangezogen werden, "versuchen wir zu verstehen, was die Menschheit heute braucht, von den Frauen, von den Männern, vom ganzen Volk Gottes", meinte sie.

Franziskus antwortete, die Kirche könne nicht die Offenbarung verändern, aber die Offenbarung entfalte sich mit der Zeit. Deshalb müsse man "im Fall des Diakonats nachforschen, was am Ursprung der Offenbarung war, und wenn da etwas war, es wachsen lassen". Der Papst fuhr fort: "Wenn da nichts war, wenn der Herr dieses Amt nicht wollte, dann geht der sakramentale Dienst für die Frauen nicht."

Papst Franziskus warnt vor reinem "Funktionsdenken" in Seelsorge

Franziskus betont bei Versammlung der Diözese Rom in der Laterankirche: Auf Schrei der Armen hören und die Kleinen ins Zentrum stellen

Rom, 10.05.2019 (KAP) Papst Franziskus warnt vor einer "Diktatur des Funktionalismus" in der Seelsorge. Wenn sich die Kirche heutigen Herausforderungen in einer Metropole wie Rom stellen wolle, dürfe sie nicht der "Sünde" verfallen, alles neu ordnen und schick gestalten zu wollen, sagte er am Donnerstagabend vor Priestern und anderen Mitarbeitern der Diözese Rom.

Er kenne eine Diözese - den Namen wolle er nicht nennen - "die mehr Mitarbeiter hat als der Vatikan", so der Papst. Dort entfernten sich aber jedes Jahr immer mehr Menschen von Christus, weil man nach ausgewogener Funktionalität strebe: "Sie sagen, sie hielten Synoden, aber sie reorganisieren nur - und damit kann der Heilige Geist nichts anfangen. Der Heilige Geist versteht keine Ausgewogenheit", so Franziskus unter spontanem Beifall.

Wichtiger sei es, auf den Schrei der Armen zu hören und die Kleinen ins Zentrum zu stellen. Oft kümmerten sich Seelsorger ausschließlich um "die paar Schafe, die es in der Gemeinde noch gibt - streicheln und verhätscheln sie", anstatt den vielen anderen nachzugehen, die sich längst entfernt hätten. Anstatt zu sehr auf Organisation zu setzen, seien "Mut und Freiheit" im Sinne der Seligpreisungen gefragt. Das spreche auch nicht glaubende Menschen an.

Als Ausgangspunkt für eine zeitgemäße Verkündigung empfahl Franziskus sein programmatisches Schreiben "Evangelii gaudium" von 2013. Den primären Impuls aber biete das Schreiben "Evangelii nuntiandi" von Papst Paul VI. von 1975; dies sei "das bisher wichtigste Dokument seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil". Es behandelt die Evangelisierung in der Welt von heute.

"Rom ist Missionsland geworden"

Zu Beginn der Versammlung hatten zwei Priester und ein Ehepaar von ihren Erfahrungen mit kirchlichem Leben in der Stadt Rom berichtet. "Rom ist Missionsland geworden", summierte ein Stadtpfarrer. Nötig sei dringend eine neue Art der Verkündigung. "Das Terrain ist dürr, wir kommen uns klein vor und jede Initiative erscheint unzureichend", so Mario Pecchiola, Pfarrer im östlichen Stadtteil Appio Latino. Die Zahl der Taufen gehe zurück, ebenso die der Firmungen, Eheschließungen und Berufungen. Der sonntägliche Gottesdienstbesuch sei auf 9 bis 10 Prozent gesunken.

Die Diözesanversammlung in der Laterankirche bildete den Abschluss eines einjährigen Reflexionsprozesses in der Diözese Rom. Am Ende seiner Ansprache warnte der Papst noch

einmal eindringlich vor um sich greifendem Rassismus und vor Fremdenfeindlichkeit. "Solcher

Populismus wächst mit dem Säen von Angst", so Franziskus.

Papst zeigt Solidarität mit angefeindeter Roma-Familie

Familie aus dem römischen Stadtviertel Casal Bruciato ist seit Tagen Drohungen und Beleidigungen ausgesetzt, nachdem sie von der Stadtverwaltung eine Wohnung zugewiesen bekommen hat - Franziskus traf sie am Donnerstagabend am Rande der Diözesanversammlung der Diözese Rom in der Lateranbasilika

Rom, 10.05.2019 (KAP) Vor Beginn eines Treffens mit Mitarbeitern der Diözese Rom hat sich Papst Franziskus mit einer angefeindeten Roma-Familie solidarisch gezeigt. Die Familie aus dem römischen Stadtviertel Casal Bruciato ist seit Tagen Drohungen und Beleidigungen ausgesetzt. Der Papst traf sie am Donnerstagabend in der Sakristei der Lateranbasilika, wo die Diözesanversammlung stattfindet.

Die 14-köpfige Familie aus einem Romacamp am Stadtrand hatte von der Stadtverwaltung eine Wohnung zugewiesen bekommen. Seitdem sie dort eingezogen ist, werden die Familienmitglieder auf der Straße und über soziale Netzwerke bedroht und beschimpft. Bürgermeisterin Virginia Raggi von der Fünf-Sterne-Bewegung

wurde von einer aufgebrauchten Menge beschimpft, als sie die Familie besuchte und die Zuweisung der Wohnung verteidigte.

Mit dem spontanen Treffen habe der Papst seine Verbundenheit und Solidarität mit dieser Familie zum Ausdruck bringen wollen und alle Formen von Hass und Gewalt auf das Schärfste verurteilt, betonte Vatikansprecher Alessandro Gisotti.

Bereits am Mittag hatte der Papst mit rund 200 Roma und Sinti im Apostolischen Palast einen Gebetsgottesdienst gefeiert. Auch darin äußerte er seine Abscheu gegenüber den jüngsten Anfeindungen vor allem rechtsradikaler Gruppen gegenüber Sinti und Roma in der italienischen Hauptstadt.

Vatikan übermittelt Wünsche zum Ramadan

Botschaft des Päpstlichen Rats für interreligiösen Dialog zu Beginn des Ramadan an Muslime in aller Welt - Fastenmonat soll die "gemeinsamen spirituellen Bande in der muslimisch-christlichen Freundschaft" stärken

Vatikanstadt, 10.05.2019 (KAP) Der Vatikan hat Muslimen in aller Welt Wünsche zum Ramadan übermittelt. Der Fastenmonat solle die "gemeinsamen spirituellen Bande in der muslimisch-christlichen Freundschaft" stärken, hieß es in der am Freitag verbreiteten Botschaft des Päpstlichen Rats für interreligiösen Dialog. Zugleich mahnte die katholische Kirche anlässlich des Ramadan Respekt vor Verschiedenheit und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie Freiheitsrechte ein, auch das Recht auf freie Religionsausübung im privaten und öffentlichen Raum.

Muslime und Christen sollten sich als "Brüder und Schwestern" sehen und aus Angst

und Unwissen errichtete Mauern niederreißen, hieß es in dem Gruß, der vom Sekretär des päpstlichen Rats, Bischof Miguel Angel Ayuso, unterzeichnet ist. Beide Religionsgemeinschaften sollte eine neue Kultur fördern, in der Gewalt abgelehnt und die menschliche Person respektiert werde. Der Dialog verlange auch eine jeweils eigene Identität, Mut zum Anderssein und "Ehrlichkeit der Absichten", so die Botschaft des Päpstlichen Rats.

Muslime begehen den Ramadan, der von Gebet, Koranrezitation und Fasten geprägt ist, in diesem Jahr vom 5. Mai bis 4. Juni.

A U S L A N D

Sri Lankas Kirche öffnet nach Anschlägen Schulen und Kirchen

Katholische Schulen in Sri Lanka sollen kommende Woche öffnen - Katholiken in der Hauptstadt Colombo können wieder Sonntagsmessen feiern

Colombo, 10.05.2019 (KAP) Drei Wochen nach den islamistischen Terroranschlägen vom Oster-sonntag mit mehr als 250 Toten sollen die katholischen Schulen in Sri Lanka wieder öffnen. Auch die normalen Sonntagsmessen sollen wieder in allen Kirchen in Colombo gefeiert werden, "sofern es die Sicherheit erlaubt", gab Colombos Erzbischof Kardinal Malcolm Ranjith am Donnerstag nach einem Treffen der zwölf katholischen Bischöfe des Inselstaats mit Präsident Maithripala Sirisena bekannt. Ranjith betonte, dass die Entscheidung, ob am Sonntag wieder Messen gefeiert werden bei den Priestern liege. Bisher wurden aus Angst vor weiteren Anschlägen die Gottesdienste nur im Fernsehen übertragen.

In der St.-Sebastians-Kirche in der Stadt Negombo, wo bei den Anschlägen mehr als hundert Menschen getötet worden waren, wurde bereits am Donnerstagabend erstmals wieder eine Messe gefeiert. Die Messe wurde außerhalb des Gotteshauses gefeiert, da dieses bei den Anschlägen schwer beschädigt wurde.

Die Öffnung der Schulen begründete Kardinal Ranjith damit, dass "kein Kind wegen der Anschläge leiden solle", darum werde man die katholischen Schulen ab Dienstag wieder öffnen. Aus Furcht vor neuen Anschlägen waren die katholischen Schulen nach der Anschlagsserie geschlossen worden. Die mehr als 10.000 staatlichen Schulen sind bereits seit Montag wieder geöffnet. Bisher kamen nur wenige Schüler zum Unterricht, obwohl es neue Sicherheitsvorkehrungen - wie z.B. Parkverbote an den Schulen - gibt.

Bei den Selbstmordattentaten auf drei Kirchen und drei Luxushotels in Sri Lanka waren am 21. April insgesamt 257 Menschen getötet worden, etwa 500 weitere wurden verletzt. Die Jihadistenmiliz "Islamischer Staat" (IS) reklamierte die Anschläge für sich. Sri Lankas Regierung macht die Islamistengruppe National Thowheeth Jama'ath (NTJ) für die Anschläge verantwortlich, glaubt aber, dass sie Unterstützung aus dem Ausland hatte.

Nach Vergewaltigung: Bozner Bischof gegen Generalverdächtigungen

Südtiroler Bischof Muser tief betroffen über Verbrechen an 15-jährigem Mädchen - "So ein Verbrechen verletzt unsere ganze Gesellschaft" - Zugleich Warnung vor Pauschalurteilen gegen Menschen mit Migrationshintergrund

Bozen, 10.05.2019 (KAP) Nach der Vergewaltigung eines 15-jährigen Mädchens in Bozen hat sich Bischof Ivo Muser tief betroffen über die Gewalttat gezeigt. In einer öffentlichen Stellungnahme verurteilte er am Freitag das Verbrechen, warnte zugleich aber auch vor Generalverdächtigungen. Die 15-Jährige war am Montag in Bozen im öffentlichen Raum vergewaltigt worden. Die Polizei fahndet seither nach zwei dunkelhäutigen Männern. Am Donnerstag fand aus Anlass des Verbrechens in der Südtiroler Hauptstadt eine Kundgebung bzw. Mahnwache statt.

"Die Vergewaltigung macht viele Menschen sehr betroffen. Zu Recht! So ein Verbrechen verletzt unsere ganze Gesellschaft", so

Bischof Muser wörtlich in seiner Stellungnahme: "Meine ganze Solidarität und mein Mitgefühl gelten diesem Mädchen und seiner Familie." Die gesamte Gesellschaft sei gefordert, sich gegen jede Form von Gewalt und Unterdrückung gegenüber Frauen auszusprechen: "Die Gewalt gegen Frauen geht uns alle an und sie verletzt uns alle."

Freilich: "Nicht Pauschalurteile und Generalverdächtigungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund führt uns weiter, sondern ein klares Bekenntnis zur Gewaltfreiheit in unserem Denken, Reden und Tun", so der Bischof wörtlich. Der weitaus größte Anteil von Gewalt an Frauen geschehe "im Kreis der Familien und unserer nächsten Beziehungen".

Muser: "Wer solche Gewaltverbrechen begeht, muss zur Rechenschaft gezogen werden - unabhängig davon, wer sie verübt hat." Niemand aber habe das Recht, solche Verbrechen für eigene Zwecke zu missbrauchen. Auch damit werde dem "Zusammenleben und dem Zusammenhalt in

unserer Gesellschaft Gewalt angetan", so der Bischof und weiter wörtlich: "Nicht kräftige Sprüche bringen uns weiter, sondern nur ein persönliches und gesellschaftliches Umdenken und Umkehren! Gewalt gegenüber Frauen darf nie gerechtfertigt und verharmlost werden."

Katholikenkomitee: Offenes Europa durch Nationalismus gefährdet

Zentralkomitee der deutschen Katholiken ruft zur Teilnahme an Europawahl auf - das höchste Gremium des deutschen Laien-Katholizismus warnt vor "kurzsichtigen Nationalismus und Populismus"

Bonn, 10.05.2019 (KAP/KNA) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat zur Teilnahme an der Europawahl am 26. Mai aufgerufen. "Setzen wir so ein Zeichen für die EU, für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine solidarische und gerechte Gesellschaftsordnung", heißt es in dem am Freitag in Mainz beschlossenen Wahlaufzuruf des Laiengremiums. Europa als offener Raum der Begegnung über Grenzen hinweg sei "gefährdet durch kurzsichtigen Nationalismus und Populismus". Sie schürten Ängste und bedrohten die Errungenschaften der europäischen Integration, kritisierte das ZdK.

Im künftigen EU-Parlament brauche es "eine breite und starke Allianz der proeuropäischen, am Gemeinwohl orientierten politischen Kräfte", betonte das höchste Gremium des deutschen Laien-Katholizismus. Parteien werden in dem Text nicht genannt. ZdK-Präsident Thomas Sternberg hatte Ende April in einem Interview davor gewarnt, "eine rechtspopulistische Partei wie die AfD zu wählen".

In dem von der ZdK-Vollversammlung beschlossenen Wahlaufzuruf heißt es weiter, die Herausforderungen für die Europäische Union seien

"größer denn je". In den vergangenen Jahren habe man in Europa einen "anhaltenden Mangel an Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten" erlebt. Es fehle an der Bereitschaft, "Lasten fair auf alle Schultern zu verteilen", insbesondere bei der Sorge um geflüchtete Menschen, kritisierte das ZdK.

Im künftigen EU-Parlament brauche es "Fürsprecher der Solidarität unter den Mitgliedsstaaten sowie mit den Schwachen und Schutzlosen in den Ländern Europas". Die EU sei "ein Gewinn" für alle ihre Bürger und schütze deren Rechte und Freiheiten. "Wir fordern alle Christinnen und Christen auf, am 26. Mai wählen zu gehen", heißt es in dem Aufruf.

In vielen europäischen Staaten gebe es eine europafeindliche Stimmung und "tiefe Gräben" zwischen den Bürgern. Infolge der "destruktiven Kraft" des Brexits sei dort eine politische Lähmung eingetreten. "Die Folgen für den sozialen Frieden und Wohlstand sind noch gar nicht abzuschätzen." Das ZdK warnte auch vor "nationalen Alleingängen". EU-Abgeordnete müssten für ein starkes Europa streiten, "das in der Weltgemeinschaft mit einer Stimme spricht".

Hauptthemen des Ökumenischen Kirchentags 2021 stehen fest

In der Finanzmetropole Frankfurt am Main wird es auch um Fragen zu den Stichworten Geld, Herrschaft und Macht gehen

Frankfurt, 10.05.2019 (KAP/KNA) Die Hauptthemen des 3. Ökumenischen Kirchentags im Jahr 2021 in Frankfurt am Main sind abgesteckt. Die Schwerpunkte sind laut dem Präsidium des Kirchentags "Fragen des Glaubens und der Spiritualität", "das Zusammenleben zwischen Konfessionen, Religionen und Nationen sowie zwischen den Geschlechtern und Generationen im bunten

Frankfurt", sagte der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, am Freitag in Mainz. Ein dritter Schwerpunkt sei der Komplex der internationalen Verantwortung vom Klimawandel bis zum fairen Handel. Ein viertes großes Thema werde in der Finanzmetropole Frankfurt den Stichworten

Geld, Herrschaft und Macht gewidmet sein, sagte Sternberg vor der ZdK-Vollversammlung.

Im nächsten Gemeinsamen Präsidium im Oktober werde man "diese Themenbereiche in einem großen Themenkonvent weiter konkretisieren", kündigte Sternberg an. Am 7. und 8. Dezember 2018 hatte sich das Gremium in Frankfurt konstituiert. Es soll das ökumenische Christentreffen in der Mainmetropole vorbereiten. Dem Präsidium gehören 43 Vertreter aus den christlichen Kirchen sowie sieben sogenannte Ständige Gäste an.

Bei der zweiten Präsidiumssitzung Ende März in Siegburg habe man sich "grundsätzlich zum Thema 'Abendmahl und Eucharistie' ausgetauscht", sagte Sternberg. Dieses Thema sei "nicht nur unseren evangelischen Glaubensgeschwistern besonders wichtig". Entscheidend sei, "dass

wir gemeinschaftlich auftreten", betonte Sternberg. Dazu gehöre für Katholiken auch die Frage: "Wie wollen wir überzeugend ökumenisch sein, wenn wir im Innern unserer Kirche zerstritten sind?" Er denke dabei "nicht zuletzt an die infamen Angriffe auf unseren Papst aus dem Vatikan und darüber hinaus".

Der 2021 stattfindende Ökumenische Kirchentag ist der dritte dieser Art und wird gemeinsam von der katholischen und der evangelischen Kirche in Deutschland organisiert. Der nächste reguläre Deutsche Katholikentag findet in Stuttgart statt, und zwar vom 25. bis zum 29. Mai 2022. Das ZdK veranstaltet die in der Regel alle zwei Jahre stattfindenden Katholikentage. Die 101. Ausgabe fand im vergangenen Mai in Münster statt. Als Austragungsort für den Katholikentag 2024 ist das ostdeutsche Erfurt vorgesehen.

Deutsche und polnische Bischöfe mahnen zu Engagement für Europa

Gemeinsamer deutsch-polnischer Gottesdienst zum Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren - Berliner evangelischer Bischof Dröge mahnt zum Auftreten gegen "allzu offensiven Nationalismus"

Bonn, 10.05.2019 (KAP/KNA) Katholische und evangelische Bischöfe aus Deutschland und Polen haben die Christen zum Engagement für Einheit und Frieden in Europa aufgerufen. Der Berliner evangelische Bischof Markus Dröge mahnte in einem deutsch-polnischen Gottesdienst zum Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 80 Jahren am Donnerstag in Frankfurt/Oder, einem "allzu offensiven Nationalismus" entgegenzutreten. "Der Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung und Stärke darf nicht gegen das Friedenszeugnis in Stellung gebracht werden", sagte Dröge. "Jede christliche Kirche muss in ihrem Land für Versöhnung über nationale Grenzen hinweg eintreten."

Der Berliner katholische Erzbischof Heiner Koch nannte es eine wichtige Aufgabe, für den Respekt gegenüber Minderheiten einzutreten. Dass die Kirchen dies vor dem Zweiten Weltkrieg zu wenig getan hätten, sei ein großes "theologisches Defizit" gewesen, so Koch. Wenn Europa heute scheitere, wäre dies auch "ein Scheitern der Christen".

Der katholische Alterzbischof von Gniezno (Gnesen), Henryk Muszynski, wandte sich gegen Tendenzen von Politikern, die Geschichte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die christliche Botschaft von der Versöhnung

bleibe unersetzlich, betonte der frühere Primas von Polen.

Bischof Waldemar Pytel von der Evangelisch-Augsburgischen Diözese Wroclaw (Breslau) betonte, wenn die Christen heute nicht zum Protest bereit seien, bestehe die Gefahr, dass sich die Geschichte wiederhole. Liebe zum Vaterland dürfe nicht mit Extremismus verwechselt werden.

Bischof Tadeusz Litynski von der Diözese Zielona Gora-Gorzow (Grünberg-Landsberg) und die Görlitzer Generalsuperintendentin Theresa Rinecker bezeichneten es als Aufgabe der Kirchen, sich dafür einzusetzen, dass Europa auch eine "geistige Dimension" habe.

Dröge würdigte zugleich, "was an Gemeinsamkeiten und Vertrauen im Zusammenleben in Europa gewachsen ist". So sei das "Wunder der Normalität" zwischen Deutschen und Polen beim Engagement für ein gemeinsames Europa und beim Begehen gemeinsamer Gedenktage Grund zu großer Dankbarkeit.

Er kündigte außerdem an, dass es am 1. September, dem 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, in Frankfurt/Oder einen Fernsehgottesdienst mit dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, geben

werde. Geplant sei zudem ein Gottesdienst im Berliner Dom, in dem dessen Gemeinde eine

Partnerschaft mit der Warschauer Trinitatisgemeinde begründen wolle.

Kritik an Priesterausbildung wegen Rede zu Homosexualität

Direktor des Bonner Theologenkonvikts Collegium Albertinum bezeichnete Homosexuelle in einem Vortrag als "Folge einer psychologischen (Fehl)entwicklung" - Kritik von Seiten deutscher Theologen und Laienvertretung

Köln, 10.05.2019 (KAP/KNA) Ein leitender Priesterausbildung in der größten deutschen Diözese, der Erzdiözese Köln, ist wegen eines Vortrags zu Homosexualität massiv in die Kritik geraten. Der Direktor des Bonner Theologenkonvikts Collegium Albertinum, Pater Romano Christen, vertrat vor Studenten die Position, dass Homosexualität nicht angeboren sei, sondern "Folge einer psychologischen (Fehl)entwicklung", berichtete die "Süddeutsche Zeitung" am Donnerstag. Es gebe Therapien dagegen, die aber nicht immer erfolgreich seien, meinte Christen. Männer mit "tief sitzender homosexueller Tendenz" könnten daher nicht geweiht werden, wie es auch in vatikanischen Instruktionen festgelegt sei.

In dem auch der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) vorliegenden Vortrag heißt es unter anderem weiter, auch wenn bei homosexueller Liebe Romantik mitspielen, gehe es "weniger um die reale Begegnung mit einem Du". Vielmehr handele es sich um eine "narzisstische Suche" eines Betroffenen nach Männlichkeit, die er selbst nicht fühle.

Die katholische Laienvertretung in der Erzdiözese Köln verlangte die Ablösung Christens. "Wer so über Homosexuelle denkt und redet, hat sich für die Ausbildung des Priesternachwuchses diskreditiert", sagte der Vorsitzende des Kölner Diözesanrats, Tim Kurzbach, dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Christens Thesen seien beleidigend, so Kurzbach.

Der Mainzer katholische Moraltheologe Stephan Goertz sagte der "Süddeutschen Zeitung", die Aussagen des Direktors entsprächen "dem wissenschaftlichen und moraltheologi-

schon Stand der 1950er und 1960er Jahre". Sie seien "durchzogen von Vorurteilen, die für Betroffene kaum zu ertragen sind - vor allem weil ihnen abgesprochen wird, menschlich anständige Beziehungen leben zu können".

Der Freiburger Fundamentaltheologe Magnus Striet betonte, gleichgeschlechtlich orientierten Priesteramtskandidaten werde vermittelt, "dass ihre Sexualität ein Defekt ist, dass sie ihre Gefühle zu verdrängen haben." Dies sei "eines der Einfallstore für sexuelle Gewalt in der Kirche".

In einer am Donnerstag von der Erzdiözese Köln verbreiteten Erklärung betont Christen, in dem Vortrag habe er auch ausgedrückt, "dass Menschen mit homosexuellen Neigungen Respekt verdienen und auf keinen Fall herabgewürdigt werden dürfen". Er habe die Studenten über die Rahmenordnung für die Priesterausbildung informieren wollen, die für die katholische Kirche weltweit bindend sei.

Weiter erinnerte die Erzdiözese an eine frühere Aussage des Kölner Erzbischofs Kardinal Rainer Maria Woelki, homosexuelle Beziehungen nicht nur als "Verstoß gegen das natürliche Gesetz" zu sehen: "Ich versuche auch wahrzunehmen, dass da Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, sich Treue versprochen haben und füreinander sorgen wollen, auch wenn ich einen solchen Lebensentwurf nicht teilen kann", so der Erzbischof. Die katholische Kirche trete für den Lebensentwurf der sakramentalen Ehe zwischen einem Mann und einer Frau ein, "die offen ist für die Weitergabe des Lebens".

Kritisches Echo auf Ethikratsexpertise zu Keimbahneingriffen

Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz betont, die katholische Kirche habe "erhebliche Vorbehalte gegen die Annahme, dass die menschliche Keimbahn nicht kategorisch unantastbar ist"

Berlin, 10.05.2019 (KAP/KNA) Die neue Stellungnahme des Deutschen Ethikrates zu Möglich-

keiten, in das Genom menschlicher Embryonen oder in Keimzellen einzugreifen, ist auf geteiltes

Echo gestoßen. Allgemeine Zustimmung fand die in der am Donnerstag vorgestellten 230-seitigen Expertise enthaltene Forderung des Rates nach einem Moratorium für die klinische Anwendung sogenannter Keimbahneingriffe. Vertreter der Union begrüßten die Stellungnahme als "guten Ausgangspunkt". Deutlich kritisch äußerten sich hingegen SPD, FDP und die katholische Kirche zu Teilen des Papiers.

Der Ethikrat hatte in seiner Expertise ein Anwendungsmoratorium für mögliche Eingriffe in die menschliche Keimbahn verlangt. Derartige Eingriffe in das Erbgut des Menschen seien derzeit wegen ihrer unabsehbaren Risiken ethisch unverantwortlich, hieß es in der in Berlin vorgestellten Stellungnahme. Das Gremium hielt aber in seiner Mehrheit die menschliche Keimbahn nicht grundsätzlich für "unantastbar".

Der Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Matthias Kopp, sagte demgegenüber, die katholische Kirche habe "erhebliche Vorbehalte gegen die Annahme, dass die menschliche Keimbahn nicht kategorisch unantastbar ist". Das gelte auch gegenüber der Vorstellung, dass "keine weiteren prinzipiellen Gründe gegen die Weiterverfolgung der Entwicklung von Keimbahneingriffen am Menschen sprechen". Die Kirche vertrete demgegenüber die Auffassung, "dass die Keimbahn grundlegende Aspekte der menschlichen Existenz bestimmt, die von derartigen Eingriffen berührt würden".

Ausdrücklich wandte sich Kopp auch gegen einen Rückgriff auf menschliche Embryonen zu Forschungszwecken: "Aus Sicht der Kirche

geht die unverlierbare, unhintergehbare Würde des Menschen vom Zeitpunkt der Kernverschmelzung von Ei- und Samenzelle mit einem abwägungsresistenten Recht auf Leben einher".

Der zuständige Berichterstatter der SPD, Rene Röspel, nannte es "erstaunlich", dass der Ethikrat "Eingriffe in die menschliche Keimbahn unter bestimmten Bedingungen für zulässig hält und maßgeblich die technische Machbarkeit als zu erfüllende Voraussetzung sieht". Zugleich lasse der Rat "die zentralen Fragen - neben der selbstverständlichen Bedingung, dass ein solches Verfahren medizinisch sicher sein muss -, wer mit welchem Recht und nach welchen Maßstäben das Genom beziehungsweise die Eigenschaften eines noch nicht geborenen Menschen verändern darf, im Wesentlichen unbeantwortet".

Die zuständige Berichterstatterin der Unionsparteien, Katrin Staffler (CSU), sprach von einer "wichtigen Orientierungshilfe". Man müsse aber dabei "sowohl die Risiken bei Keimbahneingriffen am menschlichen Embryo, als auch die Potenziale von Genom-Editierung im Bereich der somatischen Gentherapie in den Blick nehmen", so Staffler.

Die Fraktions-Vize der Linkspartei, Petra Sitte, betonte, die Folgen der Eingriffe in die menschliche Keimbahn und damit in das vererbare Genom seien "nicht genügend erforscht und ethisch höchst fragwürdig. Wir wissen schlicht noch zu wenig über das Zusammenspiel der Gene, um die Keimbahn-Therapie risikofrei zu realisieren", so Sitte.

Patriarch Tawadros weiht in Düsseldorf neue koptische Kirche

Örtliche Kopten-Gemeinde hat in früher katholischer "Bunkerkirche", die in den 1960er Jahren aus einem von den Nazis erbauten Luftschutzbunker entstanden ist, eine neue Heimat gefunden

Bonn, 10.05.2019 (KAP/KNA) Der koptisch-orthodoxe Papst-Patriarch Tawadros II. (66) besucht am Wochenende Deutschland. In Düsseldorf weiht er am Sonntagvormittag die ehemals katholische Hl.-Sakraments-Kirche als koptisch-orthodoxes Gotteshaus. Ursprünglich wollte das in Ägypten residierende Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche die sogenannte "Bunkerkirche" bereits im Oktober 2017 weihen, sagte damals aber aus gesundheitlichen Gründen ab. Die in den 1960er Jahren aus einem von den Nazis

erbauten Luftschutzbunker entstandene Betonkirche war den Kopten 2015 geschenkt worden.

Tawadros II. ist Oberhaupt von acht bis zwölf Millionen koptischen Christen. In Ägypten, dem Stammland der Kopten, gehören etwa 10 Prozent der 90 Millionen Einwohner der altorientalischen Kirche an. In Deutschland gibt es acht koptische Gemeinden, zwei Bistümer und zwei Klöster mit rund 12.000 Gläubigen.

Tawadros II. wurde am 4. November 2012, an seinem 60. Geburtstag, zum Patriarchen gewählt. Er studierte in Alexandria Pharmazie und

war Geschäftsführer der Staatlichen Pharmazeutischen Werke Damanshour. 1986 trat er in das Kloster Anba Bischoi ein, wo er 1988 die Ewigen

Gelübde ablegte und die Mönchsweihe erhielt. 1989 empfing er die Priester- und 1997 die Bischofsweihe.

K U L T U R & M E D I E N

Bischof Krautwaschl feiert 25-Jahr-Jubiläum der Fuchskirche Thal

Festgottesdienst am Sonntag in "sakralem Gesamtkunstwerk zwischen Himmel und Erde"

Graz, 10.05.2019 (KAP) Ein "sakrales Gesamtkunstwerk zwischen Himmel und Erde" - die Fuchskirche in Thal bei Graz - feiert ihr 25-Jahr-Jubiläum am kommenden Sonntag (10 Uhr) mit einem Festgottesdienst, den der steirische Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl leiten wird. Die 1322 erstmals erwähnte Pfarrkirche in der kleinen Gemeinde wurde zwischen 1992 und 1994 grundlegend verändert, heißt es in der Ankündigung der Diözese Graz-Seckau. Das Konzept des Architekten Manfred Fuchsbichler sah einen Erweiterungsbau unter Einbeziehung der alten Kirche - der Taufkirche von Arnold Schwarzenegger, dem berühmtesten Thaler - vor. Für die künstlerische Ausgestaltung konnte mit Ernst Fuchs (1930-2015) ein namhafter Vertreter der "Wiener Schule des Phantastischen Realismus" gewonnen werden.

Fuchs erweiterte das architektonische Konzept im Sinne eines Gesamtkunstwerkes,

teilte die Diözese auf ihrer Website mit. "Man muss schon von weitem erkennen: Dies ist ein heiliger Ort. Wo auch immer die Augen hinblicken, muss es etwas zu sehen geben", so der Künstler damals. Zentrale Elemente in der Fuchskirche sind Stein - als Symbol für den irdischen Pilgerweg - und Kristall, das für das Himmlische Jerusalem steht, den Ort der zukünftigen Erlösung. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft verarbeitete Fuchs auch jüdische Elemente wie Widderhorn, Tetragramm und Menorah.

Die Kirche ist dem heiligen Jakobus geweiht, dem Patron der Pilger. In Thal beginnt der weststeirische Jakobsweg, auch die Jakobsmuschel findet sich vielfach in der Kirche. Das Auf und Ab des irdischen Pilgerweges symbolisiert Fuchs durch den unebenen Boden im Gotteshaus.

Nach zweijährigem Umbau wurde die Kirche am 15. Mai 1994 von Bischof Johann Weber geweiht.

ORF-Radiogottesdienst am Sonntag aus Salzburger Pfarre Itzling

Kirche feiert am Sonntag den "Weltgebetstag für geistliche Berufungen"

Wien, 10.05.2019 (KAP) Die ORF-Regionalradios übertragen am kommenden Sonntag, dem "Weltgebetstag für geistliche Berufungen", um 10 Uhr den Gottesdienst aus der Stadtpfarrkirche Salzburg-Itzling. Mit den Gläubigen feiert Pfarrer Johann Schwaighofer. Musikalisch gestaltet wird die Messe vom Kirchenchor Itzling. Unter der musikalischen Leitung von Karl Pepper werden Auszüge aus Hans Pleschbergers "Rangersdorfer Marterle-Messe", das Agnus Dei aus Johannes Holztrattners "Missa in Es-Dur", der ebenfalls an

der Orgel spielen wird, sowie Lieder aus dem Gotteslob zu hören sein.

Durch den großen Zuzug in den Norden der Stadt Salzburg wurde am Ende des 19. Jahrhunderts der Bau einer eigenen Kirche erforderlich. Zwischen 1901 und 1903 errichtete man das dem Hl. Antonius von Padua geweihte Gotteshaus im Stil einer neuromanischen Basilika. Die Kirche verfügt über doppelbogige Fenster, ein hohes Mittelschiff sowie eine hölzerne Kassettendecke. 1912 wurde die neue Kirche von Itzling zur Pfarrkirche erhoben.

| | |
|--|--|
|  | |
| <p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p> | |